

Vollbeschäftigung für wen? Die Sachwalter des Kapitals haben von Keynes gelernt

Ein Wort ist im Frühjahr 2008 auf die Bühne der deutschen Politik zurückgekehrt, das deutsche Regierungen in den letzten zwanzig Jahren gemieden haben wie der Teufel das Weihwasser: "Vollbeschäftigung". Die zuständigen Bundesminister erklären plötzlich, sie sei in Deutschland "möglich". Und der Bundespräsident Horst Köhler, einer der Erfinder der Maastrichtkriterien und dann Chef des IWF, konkretisiert. Er wünscht sich als Fortsetzung des Schröderschen Verarmungsprogramms eine "Agenda 2020". Durch Förderung von Investitionen, höhere Ausgaben für Bildung und Forschung sowie durch "betriebliche Bündnisse für Arbeit" soll die Massenarbeitslosigkeit beendet werden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit – im März zählte sie 3,5 Millionen Arbeitslose – könnten solche Verlautbarungen als skurrile Erfolgspropaganda der Regierenden erscheinen. Sie sind es nicht, genauer gesagt: nicht nur. Das Statistische Bundesamt meldet für den Februar 39,63 Millionen Erwerbstätige, davon 27 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 532 000, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 610 000 Personen zu.() Zwar entfällt nur die Hälfte des Zuwachses auf Vollzeitstellen, Hunderttausende können von ihren Arbeitseinkommen nicht leben und beziehen ergänzendes Arbeitslosengeld II. Aber die Chance auf einen neuen, wenn auch oft schlecht bezahlten Job hat zugenommen, die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit sinkt. In den Zeiten von Hartz IV ist für viele fast jeder Job besser als gar kein Job. Die Wiederkehr des Zieles der Vollbeschäftigung ist Ausdruck eines nachhaltig veränderten Kräfteverhältnisses.

Nachfrangelücke?

Seit der Industrialisierung hat sich am Skandal der Massenarbeitslosigkeit immer wieder die Kritik entzündet. Die Vorstellung einer effizienten Verteilung der Ressourcen über den Markt, wo die richtigen Preise eine Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage herbeiführen, vertrug sich schlecht mit der Realität massenhafter Erwerbslosigkeit. Offensichtlich gab es da ein Angebot an Arbeitskräften, für das es keine Nachfrage auf Seiten der Unternehmer gab.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise ab 1929 entwickelten deshalb so unterschiedliche Menschen wie der Brite John Maynard Keynes, der polnische Autodidakt Michail Kalecki oder die Berater von Präsident Roosevelt unabhängig voneinander die Idee, dass mit staatlichen Interventionen der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden müsse, weil eine Nachfrangelücke die Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten verhindert: Ohne Nachfrage kein Umsatz, kein Wachstum und zunehmende Arbeitslosigkeit. Es drohten Stagnation und Niedergang, schlimmer noch: Aufruhr und Umsturz.

Manche zitierten schon damals gerne den Erzreaktionär Henry Ford: "Autos kaufen keine Autos." Schöner und präziser formulierte Kurt Tucholsky: "Wenn eine Firma für ihre Waren Reklame macht, sollte man sie immer fragen: 'Bezahlt ihr eure Angestellten so, dass sie sich eure Waren kaufen können?' Und wenn sie dann antwortet: 'Für unsre Angestellten sind unsre Fabrikate nicht bestimmt', so sage man ihr: Andre Firmen bezahlen ihre Angestellten auch nicht besser,

sondern genauso schlecht. Und so viel reiche Chefs gibt es nicht. Und was ihr treibt, ist Selbstmord: Ihr ruiniert Eure eigne Kundschaft. Ihr seid Fabrikanten für das Nichts."

Interessanter Weise zieht Tucholsky eine Lösungsmöglichkeit für Absatzprobleme in Betracht, wenn auch nur, um sie zu verwerfen: "reiche Chefs" und ihr Portemonnaie. Der Berliner Autor und gelernte Jurist wußte, dass eine Diskussion der effektiven Nachfrage sich nicht auf das Einkommen der Massen beschränken kann. Denn könnten die Beschäftigten von ihren Einkommen das gesamte Endprodukt kaufen, bliebe für die Chefs kein Reichtum übrig, kein Profit, keine Macht. Tucholsky war nicht der Auffassung, dass der Kapitalismus mit einem Gedankenexperiment abzuschaffen sei. Und so erwähnte er die Einkäufe der Chefs, auch wenn er sie nicht für eine Lösung hielt.

Der Krug der Witwe

John Maynard Keynes sah das ganz anders. Er wußte wohl, dass gezahlte Löhne als Nachfrage wirksam werden und so für Absatz sorgen: Da die Arbeitseinkommen im Kapitalismus nicht üppig ausfallen, müssen abhängig Beschäftigte alles ausgeben, was sie verdienen. Keynes vergaß deshalb aber nicht, dass Löhne und Gehälter für die Unternehmer Kosten darstellen, den möglichen Gewinn beschränken. Nicht die Herkunft des Überschusses über die Kosten, wohl aber seine erfolgreiche Realisierung auf dem Markt interessierte ihn. Das Problem besteht darin, dass jeder Unternehmer frei ist in der Verwendung seines Gewinns. Er kann, muß aber nicht alles ausgeben, was er eingenommen hat. Wie können da Angebot und Nachfrage zusammen kommen?

Die Lösung ist einfach, scheint Keynes aber nicht wenig überrascht zu haben: Die Unternehmer selbst müssen ihre Gewinne gegenseitig realisieren, indem sie nicht nur ihre Produktion auf den Markt werfen, sondern auch selbst im Maße ihrer Erlöse als Käufer auftreten. Das Geld, das der Käufer ausgibt, realisiert den Preis des Verkäufers. Zwar ist es nicht wie in der biblischen Geschichte vom Krug der Witwe, die Keynes zur Verdeutlichung heranzieht. Dort können der Prophet Elias, die Witwe und ihr Sohn alle essen, ohne zu ernten, und doch "ward das Mehl im Kad nicht verzehrt, und dem Ölkrug mangelte nichts." (1. Buch Könige, Kapitel 17) In der wirklichen Welt sind die Schöpfungen aus dem Nichts eher selten. In jedem Zeitabschnitt kann höchstens verkauft werden, was die vorhandenen Lager und die laufende Produktion hergeben. Die daraus entstehenden Gewinne sind daher auch nicht "unerschöpflich", wie Keynes im ersten Überschwang schrieb.

Trotzdem hatte er einen richtigen Punkt getroffen: Der Markt ist keine Veranstaltung der individuellen Freiheit, sondern ein zusammenhängendes System mit eigenen Lösungsmöglichkeiten und Zwängen – auch für die Besitzenden. Zwar ist die Realisierung der Unternehmensgewinne nicht von einem ausreichenden Konsum der Massen abhängig, sondern im wesentlichen eine interne Angelegenheit der herrschenden Klasse. Aber ob diese Klasse mit sich selbst zu Rande kommt, daran hatte Keynes schon nach den Erfahrungen der zwanziger Jahre immer größere Zweifel: Die Rückkehr Großbritanniens zum alten Goldstandard im Jahre 1925 hatte die Industrie des Landes mindestens ebenso sehr geschwächt, wie sie das Bankkapital gestärkt hatte.

Keine Konsumgesellschaft

Erst die Weltwirtschaftskrise provozierte den Versuch einer bürgerlichen Totalkritik der damaligen Wirtschaftslehre, den Keynes 1936 vorlegte. Im Zentrum steht dabei das, so Keynes, jederzeit prekäre Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren: Wenn durch eine größere Ersparnis der aktuelle Konsum eingeschränkt wird, ohne dass im gleichen Umfang erweiterte Investitionen den Nachfrageausfall wettmachen, so bleibt die Nachfrage hinter dem Angebot zurück, der Absatz und die Gewinne sinken, die Beschäftigung nimmt ab und die Arbeitslosigkeit zu. Keynes führte allerdings in seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" die zaghaften Ansätze zu einer Untersuchung gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge nicht fort, sondern versenkte sich in eine subtile Analyse dessen, was er die "Veranlassung zur Investition" nennt, bei der die Gestaltung von Zins und Geldmarkt eine entscheidende Rolle spielen sollen. Wer wissen will, was Kapitalisten von der Wirtschaft erwarten, der wird in diesen Analysen viel Interessantes finden. Eine Erklärung kapitalistischer Krisen findet er jedoch nicht.

Denn die Keynessche Analyse geht von einem Dogma aus, das nicht weniger irreführend ist, als die Erwartung eines allgemeinen Fortschritts durch die segensreiche Wirkung des Marktes. "Jede Erzeugung", behauptet Keynes, "dient letzten Endes der Befriedigung des Verbrauchers." Wie die Mehrheit seiner Kollegen unterstellte Keynes dem Kapitalismus damit einen beschränkten Zweck, den er nicht hat: Kapitalakkumulation zielt nicht auf Bedarfsdeckung, sondern auf neuen Profit. Sie deckt auch keine Bedürfnisse, sondern schafft ständig neue – von denen viele, zumal auf Seiten der Beschäftigten, zunächst einmal unbefriedigt bleiben. Im Gegensatz zur Mehrheit seiner akademischen Kollegen sah Keynes durchaus, was der Kapitalismus nicht war: eine Konsumgesellschaft. Aber er hielt trotzdem an dem Vorurteil fest, dass auch die kapitalistische Wirtschaft "letzten Endes" dem Verbraucher dienen sollte.

Krisen oder Stagnation

Damit verbaute sich Keynes leider den Zugang zur wenig menschenfreundlichen Dynamik des Systems. Investitionen gelten ihm nicht als Normalfall, der dem einzelnen Unternehmer durch die Notwendigkeiten der Konkurrenz aufgeherrscht wird, sondern als erklärungsbedürftige Besonderheit, die eine spezielle "Veranlassung zur Investition" benötigt. Kein Wunder, dass seine langfristige Perspektive in der friedlichen Stagnation einer rundum befriedigten Gesellschaft bestand. Aber nicht nur langfristig, auch auf kurze Sicht ist die Keynessche Vorstellung vom Investieren widersprüchlich: Denn um die Nachfrage auf einem bestimmten Niveau zu sichern, muß in jedem Jahr neu investiert werden, womit die Produktionskapazität steigt. Die abzusetzende Produktion aber bleibt im Keynesschen Modell konstant: Ein Investieren um des Investierens willen, ohne dass es eine Verwendung für die neuen Gebäude und Anlagen gibt – nicht weniger absurd als das Verbuddeln von Geldscheinen oder der Bau von Pyramiden.

Die Absurdität lag allerdings nicht in der Sache, sondern im Modell. Kaum war Keynes "Allgemeine Theorie" erschienen, da machte sich Roy Harrod daran, den Widerspruch aufzulösen: 1938 erschien sein "Essay in dynamischer Theorie". Darin wies Keynes' Freund und Kollege nach, dass nur ein ganz bestimmter

Wachstumspfad es gestattet, die durch die Neuinvestitionen geschaffenen Kapazitäten auch auszulasten. Er machte darauf aufmerksam, dass es auch bei Vollauslastung der Produktionskapazitäten zu Arbeitslosigkeit kommt, wenn die Kapazitäten zu gering sind. Parallel gelangte Evzej Domar in den USA zu ähnlichen Ergebnissen. Beide wiesen nach, dass Angebot und Nachfrage keine unabhängigen Kräfte sind. Sie sind tatsächlich nur die oberflächliche Auffassung von Produktion und individueller wie produktiver Konsumtion, die vielfältig zusammenhängen und nicht erst nachträglich durch Politik und Regulationsformen verbunden werden müssen. Noch die Abweichungen vom Wachstumspfad werden durch diese Rückkopplung beschränkt: Eine Einschränkung der Produktion vermindert nicht nur die Aussichten auf Arbeits- und Gewinneinkommen, sie setzt auch Mittel frei, die zur Beschränkung von Verlusten eingesetzt werden können. Ökonomische Krisen sind keine Aufhebung des Kapitalismus, sondern die gewaltsame Wiederherstellung eines dynamischen Gleichgewichts – auch wenn man vielleicht, wie Anwar Shaikh, Marxist sein muß, um das zu sehen: <http://homepage.newschool.edu/~AShaikh/>.

Eine andere Frage sprengt definitiv den Rahmen des pluralen keynesianischen Diskurses: Die Frage nach der Größe und Herkunft des Profits. Keynes hatte die Existenz eines Überschusses über die Kosten einfach vorausgesetzt – um sich Gedanken über den Verkauf zu machen. Die Nachkriegskeynesianer taten es ihm gleich und stellten im Anschluß an Harrod und Domar Theorien über den Zusammenhang von Wachstumsrate und Profitrate auf: Bei hohen Investitionen war auch der Profit hoch und der Konsum nur eine abhängige Variable. Für die Herkunft des Überschusses über die Kosten, des Surplus, interessierten auch sie sich nicht. Ausbeutung ist kein keynesianisches Konzept. Einzig Piero Sraffa, der große Ökonom mit dem schmalen Werk, näherte sich in den vierziger Jahren der Marxschen Erklärung über den Zusammenhang von Länge des Arbeitstages und Größe des Endprodukts. Da er jedoch – wie die Marxisten seiner Zeit – die Schwierigkeiten des Zusammenhangs zwischen Arbeitszeit, Produktionsstruktur und der Herausbildung einer allgemeinen Profitrate nicht zu lösen vermochte, publizierte er diese Überlegungen nicht.

Triumph und Niedergang

Zu Lebzeiten war dem Steuermann John Maynard wenig praktischer Erfolg beschieden. 1940 fragte er verbittert, ob erst ein Krieg nötig sei, damit die bürgerliche Gesellschaft sich an die Mobilisierung ihrer Ressourcen wage. Erst in der Nachkriegskonjunktur konnte es scheinen, dass seine Lehre zur herrschenden Doktrin geworden sei. Die Intervention des Staates wurde nicht mehr als Notbehelf in Krisen- und Kriegszeiten, sondern als Normalität aufgefaßt. In den USA schrieb der Kongreß im Employment Act von 1946 sogar Vollbeschäftigung als Regierungsauftrag fest.

Allerdings war der Employment Act eine eher symbolische Veranstaltung, eine Beerdigung zweiter Klasse für die abgelehnte "Murray-Patnam-Bill", die nicht nur schöne Ziele, sondern auch detaillierte Vollmachten für die US-Regierung vorgesehen hatte. Und keine drei Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes scheiterte die US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit dem Versuch, nicht nur Lohnerhöhungen durchzusetzen, sondern durch Einfluß auf die Preisgestaltung von General Motors auch eine Lohn-Preis-Spirale zu verhindern:

Nach 113 Tagen Streik – der größten Streikwelle der US-Geschichte – verzichtete die UAW am 13. März 1946 auf ihre weitreichenden Ziele. Zwar konnte sie in den folgenden Jahren eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik für die US-Autoindustrie erreichen. Doch das Unternehmen hatte mit der unternehmerischen Freiheit das Mittel verteidigt, sich mit Preiserhöhungen zu revanchieren.

Geklärte Machtverhältnisse standen so am Anfang der langen US-Nachkriegskonjunktur. Auf ihrer Grundlage erfolgte das scheinbar neutrale Wachstum der folgenden Jahre, das trotz vieler Fortschritte in der Lebenshaltung das Machtgefälle zwischen der arbeitenden Klasse und den Kapitaleignern nur vergrößerte. Daher war klar, wer für die Krise zahlen mußte, als in den siebziger Jahren sinkendes Wachstum und steigende Preise die Beschäftigten von zwei Seiten in die Zange nahmen. Der Keynesianismus durfte mit der Annahme des Full Employment Act im Oktober 1978 noch eine Abschiedsvorstellung geben. Wenige Monate später begann unter dem Demokraten Paul Volcker die Hochzinspolitik der FED.

Zwei Modelle – eine Lehre

Ende der siebziger Jahre verschwanden die Parolen von "Vollbeschäftigung" und "Nachfragestimulierung" aus den Reden der Politiker. Aber wie ein Blick auf die Entwicklung in den USA und der Bundesrepublik zeigt, verschwand der Keynesianismus nicht spurlos. Die Abbildungen zeigen die jährlichen Wachstumsraten, die Arbeitslosenrate und die Finanzierungssalden der drei großen Bereiche der Volkswirtschaft – private Unternehmen und Haushalte, staatlicher Sektor und die Leistungsbilanz gegenüber dem Ausland – ausgedrückt in Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Summe der Finanzierungssalden der drei Sektoren muß – soweit die statistische Erfassung korrekt und umfassend genug ist – Null ergeben. Auch hier gilt: "Keinesfalls können die Götter aus Nichts irgend etwas erschaffen." (Lukrez) – und was die Götter nicht können, funktioniert auch im real existierenden Kapitalismus nicht. Wenn ein Sektor mehr ausgibt, als er einnimmt, muß an anderer Stelle umgekehrt mehr eingenommen werden, als man ausgibt.

Offensichtlich kann in beiden Ländern von einer Rückkehr zu ausgeglichenen Staatshaushalten keine Rede sein. Die US-Regierung wollte in den achtziger Jahren weder auf ihr Rüstungsprogramm, noch auf Steuererleichterungen für die Reichen verzichten – die Bundesregierung scheute keine Kosten, um in den neunziger Jahren die Wiedererlangung der vollen Souveränität durch den Anschluß der DDR zu sichern. Die Ausweitung der öffentlichen Verschuldung ist kein Tabu – es kommt nur darauf an, wem sie zugute kommt.

In Deutschland blieben die Defizite des Anschlußkeynesianismus eine Episode, wenn auch eine folgenreiche. Die Bundesrepublik hat sich im Osten eine historisch beispiellose industrielle Reservearmee zugelegt, mit der nachhaltig die Löhne gedrückt werden. Die resultierenden Gewinne aber werden nicht verprasst, sondern im Ausland investiert. Die deutschen Leistungsbilanzdefizite dauerten nur wenige Jahre, und die Bundesrepublik konnte den Rückschlag in den Auslandsvermögen bis 2004 wieder aufholen. Damit schuf sie die Grundlage

für den harten Euro, der mit der Ausschaltung von Wechselkurspekulationen in Europa zweifellos keynesianische Elemente aufnimmt. Das Selbstbewußtsein der kerneuropäischen Eliten zeigte sich 2003 in ihrer Weigerung, den USA in den Irak zu folgen, wobei sie sogar mit dem Erzfeind Rußland gemeinsame Sache machten. Schließlich erfüllt seit 2006 auch der deutsche Zuchtmeister selbst wieder die Maastrichtkriterien.

Dagegen wird das Außenhandelsdefizit der USA seit Ende der neunziger Jahre nicht nur von der Staatsverschuldung, sondern auch von einer massiven Ausweitung des privaten Konsums getragen. Wie Till von Treeck in mehreren Studien für das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung argumentiert hat, führte das Wachstum des Finanzsektors in den angelsächsischen Ländern zu einer Umverteilung von Profiten zugunsten der privaten Anleger bei gleichzeitiger Beschränkung der Investitionen in den Unternehmen. Ein Problem mit der effektiven Nachfrage hat die USA aber nicht: Der Luxuskonsum der share- und bondholder, der Aktienbesitzer und Anleihegläubiger, schließt die Bresche.

Wie der Blick in die Geschichte und in die Geschäftsbücher des Kapitals zeigt, muß der Kapitalismus an einer Beschränkung der Masseneinkommen nicht zugrunde gehen. Wenn der Widerstand gegen Arbeitshetze und Lohnkürzung gering ist, wird beides fortgesetzt. Nicht einmal vor einem leergefegten Arbeitsmarkt haben die Unternehmen heute Angst, da die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander die Löhne niedrig hält. Unter diesen Bedingungen ist die Ankündigung von Vollbeschäftigung kein Versprechen. Es ist eine Drohung mit weiteren Sozialkürzungen und Arbeitszwang.

-

Erstveröffentlichung: lunapark21, Heft 2, Sommer 2008